

# Die Bolkesteinrichtlinie – Abkommen über Dienstleistungen in Europa

**Ein radikaler Angriff auf unsere sozialen, ökologischen und rechtsstaatlichen Errungenschaften zu Gunsten weniger Konzerne und Lobbygruppen**

## Was ist die Bolkesteinrichtlinie?

Bei der Bolkesteinrichtlinie handelt es sich um einen Plan der EU-Kommission, der darauf abzielt, den Dienstleistungssektor stärker als bisher den Regeln des freien Marktes zu unterwerfen. Dieser Sektor umfasst u.a. die freien Berufe wie Anwälte, Notare, Architekten, Apotheker, Ingenieure und Wirtschaftsprüfer, das Baugewerbe, den Handel, die Werbung, den IT-Bereich, den Fremdenverkehr, Pflegedienstleistungen und Leiharbeitsfirmen.

Bis zum Jahr 2010 soll ein deregulierter Dienstleistungs-Binnenmarkt entstehen. Bereits im kommenden Sommer muss deshalb das Europa-Parlament über die Bolkestein-Richtlinie abstimmen.

## Das Herkunftslandprinzip - die zentrale Bestimmung der Richtlinie

Herzstück des Bolkestein-Planes ist das „Herkunftslandprinzip“. Nach diesem Prinzip müssen sich Anbieter von Dienstleistungen nur noch an die Regelungen des Staates halten, in dem sie angemeldet sind. Die Vorschriften des Landes in dem die Firma tätig ist, müssen dagegen nicht beachtet werden. Deshalb darf Ihnen Graf Dracula in Saarbrücken einen Zahn mit der Heimwerkerzange und ohne universitären Abschluss ziehen, wie es nach transsilvanischem Recht erlaubt ist.

Für die Überwachung der Unternehmen ist allein das Land verantwortlich, in dem die Firma registriert ist. Das bedeutet, dass de facto Unternehmen überhaupt nicht kontrolliert werden. Erstens hat kein Land ein Interesse daran, die Tätigkeit der angemeldeten Firmen im Ausland zu überwachen. Zweitens darf das Land nicht einmal bei groben Rechtsverstößen in dem fremden EU-Land direkt eingreifen.

## Was erwartet uns wenn das Abkommen umgesetzt wird?

### **Dumping von Arbeits- und Sozialstandards:**

Ein Unternehmen könnte sich einfach in dem Mitgliedsstaat mit den niedrigsten Anforderungen registrieren lassen. Danach kann die Firma in jedem anderen Mitgliedsstaat zu seinen „günstigen Heimatbedingungen“ tätig werden und die Konkurrenz verdrängen. Erfahrungen mit der Liberalisierung von Dienstleistungen in der Baubranche zeigen, dass es tatsächlich zu einem Dumping von Arbeits- und Sozialstandards und Qualitätsanforderungen kommt.

### **Lohndumping und Versicherungsbetrug:**

Nach der Richtlinie kann sich eine Leiharbeitsfirma in einem Niedriglohnland registrieren lassen und dann heimische ArbeitnehmerInnen zu Dumpinglöhnen vermieten. Honorarordnungen lassen sich umgehen, indem eine Firma eine Briefkastenfirma im Ausland anmeldet und Angestellte als Scheinselbständige (z.B. ArchitektInnen oder IngenieurInnen) mit Werkvertrag beschäftigt.

Die Richtlinie verbietet es dem Zielland, das Mitführen oder die Aufbewahrung von Sozialversicherungsunterlagen zu fordern. Unternehmen können sich damit die Sozialversicherung sparen, ohne dass sie Sanktionen fürchten müssen.

**Steuerflucht:** Mit der Richtlinie kann sich ein Unternehmen unabhängig von seinem Tätigkeitsort in einer europäischen Steueroase registrieren und erzielt damit Wettbewerbsvorteile gegenüber Unternehmen, die regulär Steuern zahlen. Dazu kommt, dass die Angaben über Gewinne und Umsätze von dem „Herkunftsland“ kaum überprüft werden können. Damit nehmen die Steuereinnahmen weiter ab, Unternehmen werden sich kaum noch an der Finanzierung der Infrastruktur beteiligen.

**Sinkende Qualität:** Es stimmt nicht, dass eine Deregulierung zu sinkenden Preisen für VerbraucherInnen führt. Einerseits sinkt die Qualität, wenn Mindestpreise unzulässig werden oder

Berufsqualifikationen nicht mehr notwendig sind. Die Dienstleistungsrichtlinie erleichtert es Firmen, sich der Haftung für die eigenen Produkte gegenüber den VerbraucherInnen zu entziehen.

**Entdemokratisierung:** Durch die Richtlinie entstehen rechtsfreie Räume, weil Unternehmen quasi keiner Kontrolle mehr unterliegen. Da sie sich in mehreren Staaten gleichzeitig registrieren können, kann die Politik unter Druck gesetzt werden. BürgerInnen sind gezwungen das Rechtssystem des Landes anzunehmen, das die Firma als Herkunftsland gewählt hat.

### **Ist es nicht sinnvoll, gleiche Bedingungen in allen Mitgliedsländern zu schaffen?**

Bislang galt, dass ein Unternehmen an die Gesetze des Landes gebunden ist, in dem es tätig ist, wie alle dort ansässigen Unternehmen.<sup>1</sup> Nach der Bolkesteinrichtlinie, die eigentlich Bürokratie abbauen sollte, gelten in einem Land 25 unterschiedliche Rechtssysteme nebeneinander. Die Rechtsunsicherheit, die Unternehmensverbände beklagen, wird gerade durch die Richtlinie zum Rechtschaos. Wie sollen sich VerbraucherInnen über die Qualitätsstandards und Haftungsbedingungen von 25 Ländern informieren, um gegen Betrug abgesichert zu sein?

### **Welche Alternativen gibt es? Wie sollen ärmere Staaten sonst am Binnenmarkt teilhaben?**

Ein Problem ist das Gefälle der Standards, Einkommen und Vermögen innerhalb der EU. Anstatt zu veranlassen, dass sich alle Staaten auf dem niedrigsten Niveau einpendeln, sollte an einer europaweiten Anhebung der Standards gearbeitet werden.

Es ist skandalös, dass auch die EU-Verfassung den Freihandel höher gewichtet als soziale Bedürfnisse, den Umwelt- und Verbraucherschutz. Die Politik der EU dient in ihrer jetzigen Ausrichtung hauptsächlich dem Europa der Konzerne. Das muss sich ändern!

Ein soziales Europa kann realisiert werden, durch folgende Maßnahmen:

- ☒ Festschreibung von Mindeststandards (wie bereits bei der Arbeitszeitrichtlinie umgesetzt) bei Bestandsgarantie in Staaten mit hohen Standards, um Dumping zu verhindern bzw. die Einführung relativer Mindeststandards, die sich an Durchschnittswerten der jeweiligen Staaten orientieren
- ☒ Harmonisierung des Steuerrechts, Schließen von Steuerschlupflöchern und Druck auf europäische Steueroasen.
- ☒ Abkehr von der restriktiven Währungspolitik der Europäischen Zentralbank, dem daraus resultierenden Sparzwang und dem Abbau der Sozialsysteme
- ☒ Festschreibung sozialer einklagbarer Grundrechte
- ☒ Schaffung von Sozialkorridoren. Damit werden ärmere Länder gefördert, schrittweise das Niveau der Sozialleistungen anzuheben, ohne dass sie vom Handel ausgeschlossen werden
- ☒ Transferleistungen an ärmere Länder

### **Ist die Einführung der Bolkesteinrichtlinie noch aufzuhalten?**

Auch wenn sich Schröder und die ihn unterstützenden Parteien und Lobbygruppen in der jüngsten Vergangenheit immer wieder kaltschnäuzig über Sorgen und auch die Proteste der Opfer ihres Marktradikalismus hinweggesetzt haben: diesmal spricht einiges dafür, dass es noch realistisch ist, wenigstens das Allerschlimmste zu verhindern. Denn der Bolkestein-Plan verstößt derart gegen die Interessen vieler Menschen, dass ihre BefürworterInnen eigentlich darauf angewiesen sind, dass sich dessen Umsetzung weiter fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit vollzieht. Genau dieses wird für Schröder und die EU-Kommission aber zunehmend schwieriger, da sich mittlerweile ein breites Spektrum von Organisationen und Institutionen in die Reihe der KritikerInnen eingereiht haben. So wird die Bolkesteinrichtlinie von so unterschiedlichsten Gruppen wie Attac, den Europäischen Gewerkschaften, ver.di, IG BAU, IG Metall, den Wohlfahrtsverbänden, dem Bundesrat und dem Kulturrat, dem Verband kommunaler Arbeitgeber, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, dem Verband der Bauunternehmer und dem Bund der Selbstständigen abgelehnt.

---

<sup>1</sup> Abgesehen von Sonderregelungen in bestimmten Sektoren (Entsendungsabkommen)

Es gibt bereits einige Anzeichen dafür, dass auch Rot-Grün anfängt zu wackeln. So haben jetzt sogar Schröder und Müntefering Kritik an einzelnen Punkten angemeldet und Nachbesserungen im Hinblick auf Arbeitnehmerschutzrechte gefordert. (Natürlich nur, um sofort klarzustellen: „Die Bundesregierung ist auch weiterhin für eine ambitionierte Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie.“)

## **Wir fordern die Abschaffung der EU-Dienstleistungsrichtlinie.**

Nachbesserungen reichen nicht, solange die Ausrichtung der europäischen Politik der rückschrittlichen Ideologie eines deregulierten neoliberalen Freihandels folgt.

## **Für ein soziales und gerechtes Europa!**

### **Was kann ich tun?**

Informieren Sie sich und Ihre Freunde und Bekannten.

Schreiben Sie Ihrer/m Abgeordneten

Mach mit bei Attac

### **Mehr Info:**

[www.attac.de/bolkestein](http://www.attac.de/bolkestein)

[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

[www.europa-von-unten.org](http://www.europa-von-unten.org)

[www.attac.de/eu-ag](http://www.attac.de/eu-ag)